

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement

Suizidhilfe



In der Sitzung vom 29. Juni 2011 entschied der Bundesrat, auf eine ausdrückliche Regelung der organisierten Sterbehilfe im Strafrecht zu verzichten und mit einem Massnahmenpaket das Selbstbestimmungsrecht zu fördern. Er ist der Ansicht, dass die geltenden Bestimmungen ausreichen, um Missbräuche im Bereich der Suizidhilfe zu verhindern. Mit dem Verzicht auf eine Gesetzesänderung möchte der Bundesrat auch verhindern, dass Suizidhilfeorganisationen staatlich legitimiert werden. Gleichzeitig will der Bundesrat die Selbstbestimmung fördern. Patienten und Patientinnen sollen informiert sein über die Betreuungsangebote am Lebensende und frei entscheiden welche Möglichkeit sie wählen wollen. Gefördert werden sollen insbesondere die Suizidprävention und die Palliative Care. Aus diesem Grund beauftragt der Bundesrat das Eidg. Departement des Innern, eine Weiterführung der Ende 2012 auslaufenden Nationalen Strategie Palliative Care zu prüfen.

☞ [SF1. Sternstunde Religion: Bundesrätin Sommaruga im Gespräch](#)

☞ [Medienmitteilung vom 29. Juni 2011](#)

☞ [Themenseite: Sterbehilfe](#)



Organisation des EJPD

☞ [Generalsekretariat](#)

☞ [Bundesämter](#)

☞ [Institute](#)

☞ [Kommissionen](#)

Umsetzung der Volksinitiative „Für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern“



Am 30. November 2008 haben Volk und Stände die sogenannte Unverjährbarkeitsinitiative angenommen. Damit ist der Grundsatz, dass sexuelle oder pornografische Straftaten an Kindern vor der Pubertät und die Strafe für solche Taten unverjährbar sind, im Artikel 123b der Bundesverfassung festgelegt. Allerdings ist der Begriff „Kinder vor der Pubertät“ in der Schweizer Rechtsordnung unbekannt. Ausserdem handelt es sich dabei nicht um ein klares und leicht anwendbares Kriterium. Das gleiche gilt für den Begriff „sexuelle und pornografische Straftaten“. Der Bundesrat hat dem Parlament am 22. Juni 2011 einen Entwurf und eine Botschaft überwiesen, in denen diese Begriffe präzisiert werden.

☞ [Medienmitteilung vom 22. Juni 2011](#)

☞ [Themenseite: Unverjährbarkeit pornographischer Straftaten](#)

Aktuell

- 07.09.2011 [Beobachterinnen und Beobachter für Sonderflüge ausgebildet](#) (Medienmitteilungen, BFM)
- 07.09.2011 [Asylgesuche im August](#) (Medienmitteilungen, BFM)
- 06.09.2011 [Migrationspartnerschaft Schweiz-Nigeria: Pilotprojekt zur Polizeizusammenarbeit](#) (Medienmitteilungen, BFM)
- 04.09.2011 [Im Schwigen gibt es den "Gestellten", in der Politik den Kompromiss](#) (Reden, EJPD)
- 01.09.2011 ["Unser Verhältnis zu den Sans-papiers ist heuchlerisch"](#) (Interviews, EJPD)

☞ [Zum Seitenanfang](#)

Letzte Änderung: 29.08.2011

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

[Rechtliches](#) | [Kontakt](#)